

Vera Lengsfeld:

**Die Vergangenheit darf nicht
ins Harmlose entsorgt werden**

Rainer Eppelmann:

**Alles Unmenschliche ist
sinnlos und vergebens**

Aus der Bundestagsdebatte über
den Abschlußbericht der Enquete-
Kommission „Überwindung der
Folgen der SED-Diktatur im
Prozeß der deutschen Einheit“
am 17. Juni 1998

Vera Lengsfeld:

Die Vergangenheit darf nicht ins Harmlose entsorgt werden

Am heutigen 17. Juni, dem 45. Jahrestag des Volksaufstandes gegen die brutale Willkürherrschaft der SED, wird besonders deutlich, daß mit der Betrachtung von 40 Jahren DDR-Geschichte kein abgeschlossenes historisches Kapitel zu behandeln ist, sondern eine bis heute fortwährende deutsche Teilungsgeschichte, die im Jahr 1933 ihren Ausgangspunkt hatte, eine Geschichte, in der Stasi- und SED-Macht zu marginalen Schwierigkeiten des Einigungsprozesses heruntergespielt zu werden drohen, weil die SED-Nachfolgepartei zu einem unverzichtbaren Faktor im machtpolitischen Spiel von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geworden ist.

Die Verharmlosung der Verbrechen des SED-Regimes hat inzwischen System. Deshalb spreche ich heute über die Menschen der zweiten deutschen Diktatur, die Widerstand gegen die sowjetische Fremdherrschaft und das SED-Regime – verbunden mit der Erfahrung von Flucht, Ausbürgerung und Repression – leisteten. Ich will den Bogen von den Anfängen der sowjetisch besetzten Zone nach 1945 bis zum Zusammenbruch der DDR 1989 aus der Sicht derer spannen, die heute allzugern beiseite geschoben werden, um die Biographien der Täter zu schonen.

Nachdem die letzten überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen die deutschen KZs in Richtung Gulag verlassen hatten, wo viele von ihnen, die der deutschen Hölle entkommen waren, an der erbarmungslosen Kälte und dem Hunger verreckten, wurden aus den KZs Speziallager der Sowjetmacht.

Mit terroristischen Methoden gingen sowjetische und deutsche Geheimpolizei gegen Andersdenkende und vor allem gegen Menschen vor, die sich der Sowjetisierung widersetzten. Sie wurden kriminalisiert und politisch abgeurteilt. Nach offiziellen sowjetischen Angaben waren in den Speziallagern der sowjetisch besetzten Zone 157.837 Menschen gefangen, davon 122.671 Deutsche, 34.706 sowjetische Staatsbürger und 460 weitere Ausländer, die meisten von ihnen Polen. Allein diese Zahlen sprechen gegen die immer

wieder verbreitete Auffassung, zirka 75 Prozent der Häftlinge seien Funktionsträger der NSDAP gewesen.

Zu den von den sowjetischen Behörden Verurteilten gehörten auch viele Frauen, die, wie Alexandra Dust-Wiese, zusammen mit ihren Brüdern zum Kreis von Arno Esch in Rostock gehörend, nach erlebter Nazirepression in den kommunistischen Unterdrückungsapparat gerieten. Nach der Zerschlagung der Gruppe um Esch wurde Alexandra Wiese verhaftet und zu dreimal 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Während ihre Brüder und die zum Tode Verurteilten in die Sowjetunion deportiert wurden, kam sie im April 1950 nach Hoheneck. Im Mai 1951 erfuhr sie von der Verhaftung und Deportation ihrer Mutter wegen Spionage. Nach Beteiligung an einem Hungerstreik wurde sie 1953 als Rädelsführerin nach Brandenburg-Görden ins Zuchthaus verlegt und erst im Mai 1956 nach einer weiteren Verlegung in den „Roten Ochsen“ nach Halle begnadigt und entlassen. Am 7. Januar 1957 konnte sie in den Westen fliehen.

Zu den Existenzbedingungen der SED-Diktatur gehörte die schon 1947 einsetzende militärische Absicherung der Zonen und späteren Staatsgrenze zur Verhinderung von Flucht bzw. Ausreise. Von 1950 bis Jahresende 1988 haben insgesamt 3,2 Millionen Menschen die DDR verlassen. Bis Ende 1989 folgten ihnen noch einmal 344.600 Personen. Der größte Teil der Flüchtlinge, 2,6 Millionen, hatte sich schon in den 50er Jahren bis zum Mauerbau 1961 retten können.

1949, nach Gründung der DDR, wurde parallel zum Aufbau des Sozialismus die Grenzsicherung verstärkt. Bis zum Ende der DDR blieben die Versuche des „ungesetzlichen Grenzübertritts“ das dominierende Delikt der politischen Strafjustiz. Die unmenschliche Perfektion des Grenzregimes erschließt sich freilich erst aus dem „rücksichtslosen Schußwaffengebrauch“ und dem „überall gewährleisteten einwandfreien Schußfeld“, den Minensperren aus Erdminen und dem pioniertechnischen Ausbau der Grenze durch Errichtung von Streckmetallzäunen zur Anbringung der richtungsgebundenen Splitterminen.

Aus den Dienstvorschriften über den Schußwaffengebrauch und den übereinstimmenden Schilderungen von Überläufern der DDR-Grenztruppen ergibt sich, daß das Ziel der Fluchtvereitelung um jeden Preis und mit jedem Mittel angestrebt werden sollte, wenn eine Festnahme mit dem Ziel der strafrechtlichen Inanspruchnah-

me des Flüchtlings nicht mehr möglich war. Unter bestimmten Voraussetzungen lag der Zweck des Schußwaffengebrauchs allein in der physischen Vernichtung des Grenzverletzers.

900 tote Flüchtlinge sind zu beklagen, darunter mehr als 40 Kinder und Jugendliche. Das letzte Maueropfer, Chris Gueffroy, war 20, als er erschossen wurde. Klaus-Peter Eich versuchte am 12. Oktober 1961 im Alter von 20 Jahren, durch einen Doppeldrahtzaun nach Westberlin zu entkommen.

Ohne vorherige Warnrufe und Warnschüsse warteten die Grenzer auf eine für sie günstige Schußposition und feuerten ihre Schüsse auf seinen Rücken. Durch einen lebensgefährlichen Schuß verletzt, erlitt er eine Querschnittslähmung, mußte zwei Jahre im Krankenhaus verbringen und ist seitdem dauerhaft an den Rollstuhl gefesselt.

Heute muß er sich in den Medien als verbittert titulieren lassen, wenn er berechtigterweise darum kämpft, daß die Gedenktafel am geplanten Mauer-museum in Berlin auch an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft erinnert.

Aus „ästhetischen und technischen“ Gründen sollte darauf verzichtet werden. Seit gestern habe ich die definitive Zusage sowohl in Berlin als auch in Bonn erhalten, daß die Inschrift an die Maueropfer erinnern wird.

Damit sind wir alle knapp der Peinlichkeit entronnen, daß sich ausgerechnet am Mauerdenkmal das Geschichtsbild der PDS durchsetzt.

Täter und Opfer waren eben nicht gleichermaßen Betroffene des kalten Krieges. Es gibt vielmehr konkrete Verantwortliche für das zu SED-Zeiten verübte Unrecht, und die müssen immer wieder klar benannt werden.

Der erste Volksaufstand im sowjetischen Imperium am 17. Juni 1953, der sich heute jährt, verdeutlicht, daß das SED-Regime nur durch sowjetische Panzer zu stabilisieren war.

Die Aufständischen des 17. Juni formulierten in aller Deutlichkeit ihren Anspruch auf Einheit und Freiheit. Der Volksaufstand war keineswegs auf Berlin beschränkt. Zum Beispiel gab es auch in Thüringen, in Jena, einen Schwerpunkt der Erhebung. 20.000 Demonstranten waren dort am 17. Juni auf der Straße. Mit Alfred Diener wurde ein vom Repressionsapparat ausgemachter Rädelsführer in Jena verhaftet. Am 18. Juni wurde er im Alter von

26 Jahren von einem sowjetischen Militärgericht zum Tode verurteilt und durch Offiziere der Roten Armee hingerichtet.

Das Gedenken an die Opfer des 17. Juni wird vernachlässigt. Weder wurden bislang die 21 standrechtlich erschossenen Arbeiter gewürdigt noch kennt man die Namen der 18 russischen Soldaten und Offiziere, die damals den Einsatz der Waffe verweigerten und hingerichtet wurden. Ich unterstütze nachdrücklich die Initiative des Berliner CDU-Abgeordneten Toepfer, die Namen der sowjetischen Soldaten zu ermitteln und die noch lebenden Verwandten zum Gedenktag im nächsten Jahr einzuladen.

Sie sollten auch dabei sein, wenn endlich ein zentrales Denkmal für die Opfer des 17. Juni eingeweiht wird. Es muß ja gar nicht überdimensioniert sein.

Es gab immer wieder Menschen, die dem SED-Regime nach dem Vorbild des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten trotzten. 1955 wurde zum Beispiel in Weimar der stellvertretende Direktor der Pestalozzi-Schule verhaftet. Gerhard Benkowitz hatte mehrere Jahre unter anderem Namen von Inhaftierten nach West-Berlin übermittelt. Diese Widerstandstätigkeit wurde in fürchterlichen Verhören, die mit Gewaltanwendung verbunden waren, kriminalisiert. Ihm und seinen Freunden unterstellte man, daß sie eine Reihe von Brücken oder sogar die Saaletalsperre sprengen wollten.

Noch vor der Gerichtsverhandlung verlangten seine Kollegen, die Abteilung Volksbildung beim Rat der Stadt, der Pädagogische Rat der Friedrich-Engels-Schule und viele andere in öffentlichen Erklärungen, daß ihn die schwerste Strafe treffen soll. Obwohl der Oberste Gerichtshof feststellte, daß Benkowitz niemals Sprengstoff besessen hat, verfügte eine Kommission des Politbüros unter der Leitung des Schreibtischtäters Klaus Sorgenicht, daß der Generalstaatsanwalt die Todesstrafe zu beantragen habe. Durch persönliches Eingreifen Ulbrichts wird zudem gegen einen Freund von Benkowitz eine weitere Todesstrafe verhängt. Beide Urteile werden in Dresden am Münchener Platz in der ehemaligen Hinrichtungsstätte der Gestapo mit dem Fallbeil vollstreckt.

Bis heute ist noch nicht einmal die weniger als vier Monate andauernde Haftzeit zwischen Verhaftung und Hinrichtung entschädigt worden, weil das Häftlingshilfegesetz derart kurze Haftzeiten nicht berücksichtigt. Weder Schreibtischtäter noch Richter sind belangt worden. Auch an der Weimarer Schule ist nichts zur Ehrenrettung des ehemaligen stellvertretenden Direktors erfolgt. Bis heute erinnert nicht einmal eine Gedenktafel an ihn.

Trotz dieser Erfahrungen gab es in der DDR auch nach dem Mauerbau im Jahre 1961 Menschen, die auf eine Entstalinisierung hofften. Vieles von dem wird mit dem 11. Plenum der SED im Jahre 1965 zunichte gemacht. Mit dem Verbot von 11 DEFA-Filmen und der öffentlichen Ausgrenzung von Robert Havemann und Wolf Biermann schwanden die Illusionen über ein „Taufwasser“.

Die Beteiligung der SED an der militärischen Niederschlagung des Prager Frühlings machte dann unerbittlich klar, daß die kommunistischen Diktaturen statt auf Reformen auf militärische und geheimpolizeiliche Gewalt setzten.

Das Jahr 1976 markierte eine weitere Zäsur auf dem Weg zum Ende der SED-Herrschaft. Es war nicht nur das Jahr der Biermann-Ausbürgerung, sondern auch das Jahr der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz. Er starb am 18. August 1976 nach dem Beispiel der buddhistischen Mönche in Saigon und Jan Pallachs in Prag. Auf dem Transparent am Ort seiner Selbstverbrennung war zu lesen:

Die Kirche der DDR klagt den Kommunismus an! Wegen Unterdrückung in Schulen, an Kindern und an Jugendlichen.

Die Vertreter der Evangelischen Kirche in der DDR identifizierten sich jedoch keineswegs mit diesem Fanal für die Freiheit. Schon sieben Stunden später saß Oberkonsistorialrat Manfred Stolpe mit Vertretern der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen und dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, in Magdeburg zusammen, um Einzelheiten für den Erhalt geordneter Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu erörtern.

Im Zusammenhang und in der Folge der Biermann-Ausbürgerung gerieten nicht nur sich solidarisierende Künstler, sondern auch viele jüngere Leute aus verschiedenen oppositionellen Gruppen in das Visier des Stasiapparates. Einer davon war Matthias Domaschk, der am 12. April 1981 in Gera in der Stasihaft sein Leben verlor. Wie viele andere war Domaschk nach der Ausbürgerung Biermanns zum Objekt der Stasimaßnahmen von Zuführung, Haussuchung und Einleitung von operativen Vorgängen und schließlich Stasihaft geworden. „Anderthalb Stunden verbringt“ – so das Protokoll – „der operative Mitarbeiter Oltnt. Horst Köhler allein mit Matthias“, also bis 14.00 Uhr. „Um 14.15 Uhr ist Matthias tot.“

Alle Vorgänge hinter den Gefängnismauern können wohl nie aufgeklärt werden: zum Beispiel, warum Stasi-Häftlinge wie Jürgen Fuchs und Rudolf Bahro und etliche andere an einer Art Krebs erkrankt und zum Teil gestorben sind, die nach Meinung von Experten durch einen Jahre zurückliegenden Empfang einer Überdosis radioaktiver Strahlung entstanden sein könnte.

Aber es gab nicht nur Verbrechen an Gefangenen in der DDR. DDR-Leistungssportler wurden menschenverachtenden medizinischen Manipulationen ausgesetzt. Kinder in der DDR wurden bereits im Kindergarten einem systematischen Screening unterzogen, bei dem festgestellt wurde, welches Kind im Erwachsenenalter für welche Sportart die Idealmaße haben würde. Danach wurden die Kinder ein Vierteljahr lang mehrmals in der Woche auf ihre Eignung hin getestet. Dann wurde den Eltern mitgeteilt, daß ihre Kinder in eine Kinder- und Jugendsportschule übernommen werden könnten. Voraussetzung war, daß sich die Eltern mit dem Trainingsplan und allen notwendigen ärztlichen Maßnahmen durch Unterschrift einverstanden erklärten.

Wie die systematische Aufrüstung von Kinderkörpern für den Hochleistungssport aussah, wird gerade bei den Dopingprozessen beleuchtet. Mit vierzehneinhalb Jahren wurde die DDR-Schwimmerin Christiane Knoche einer Behandlung unterzogen, die der DDR-Verbandsarzt Lothar Kipke alias „IM Rolf“ zynisch den „Großversuch“ genannt hat: Muskelmast mit Hormonen wie der berüchtigten Pille Oral-Turinabol, im Fachjargon „OT“ genannt. Ein Jahr später durchbrach die Fünfzehnjährige, inzwischen mit Möbelpackerkreuz, starker Beinbehaarung und anderen Merkmalen der Vermännlichung ausgestattet, als erste Frau bei 100 Meter Schmetterling mit 59,78 Sekunden die Minutengrenze.

Seit die Dopingpraktiken in ihrer ganzen menschenverachtenden Dimension bekanntgeworden sind, vermisse ich den Aufschrei der Medien. Im Gegenteil, nachdem die Schwimmerin Carola Beraktschjan in einer noblen Geste ihre Medaillen zurückgab und sich aus der Weltrangliste streichen ließ, traf sie die subtile, arrogante Häme des Kultmoderators der „Tagesthemen“, Ulrich Wickert. Er fand kein Wort des Respekts für die Tat der Sportlerin, sondern wertete sie als bloße „Auseinandersetzung mit einem autoritären Regime“ ab. „Wirklich mutig“ wären nach den Worten von Ulrich Wickert nur jene, die sich jetzt als im Westen „freiwillig gedopt“ outen würden, sich also dafür hergäben, der Öffentlichkeit zu suggerieren, es sei in der DDR alles nicht so schlimm gewesen, gedopt werde schließlich überall.

Wer die SED-Nachfolgepartei als Mittel zum Regierungswechsel benutzen will, der für die PDS ja erklärtermaßen ein Machtwechsel sein soll, muß natürlich vorher die Vergangenheit ins Harmlose entsorgen. Deshalb dürfen wir nicht müde werden, immer wieder daran zu erinnern, was wirklich geschehen ist.

Ich möchte diese Rede nicht beenden, ohne auf eine fast vergessene Gruppe von Verfolgten hinzuweisen, die der besonders perfiden Praxis der Zwangsadoption ausgesetzt waren. Für viele Schicksale steht das von Gisela Mauritz. Die junge Chemnitzerin wurde im Jahr 1974 – übrigens zur Hochzeit westdeutscher Entspannungspolitik – am Grenzübergang Marienborn verhaftet, als sie mit ihrem vierjährigen Sohn die DDR illegal verlassen wollte. Ein Gericht verurteilte sie zu viereinhalb Jahren Haft, die sie bis auf den letzten Tag im Zuchthaus Hoheneck, einem der fürchterlichsten Gefängnisse der DDR, verbüßen mußte. Während ihrer Haftzeit wurde ihr Sohn von einem linientreuen Ehepaar zwangsadoptiert. Allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz nahm Gisela Mauritz nach ihrer Entlassung die Suche nach ihrem Kind auf. Dafür wurde sie zum zweiten Mal verhaftet und zu zwei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt. Nach ihrer Entlassung wurde ihr eine Aufenthaltsbeschränkung in der sächsischen Provinz auferlegt, gekoppelt mit dem Verbot, die Hauptstadt der DDR zu betreten, wo sich ihr Sohn befand. Nach fünf Jahren konnte Frau Mauritz von der Bundesregierung freigekauft werden. Erst nach 14 Jahren fand sie ihren Sohn mit Hilfe des Fernsehmagazins „Report“ wieder. Der Achtzehnjährige hatte keine Erinnerung mehr an seine Mutter. – Was Gisela Mauritz und ihrem Sohn widerfuhr, entsprach der sozialistischen Gesetzlichkeit der DDR, einem System, das nach Willen der PDS auch heute nicht ein Unrechtssystem genannt werden dürfte.

Es ist für die heutige Wahrnehmung notwendig, darauf zu verweisen, daß es in den mehr als 40 Jahren der zweiten deutschen Diktatur immer Menschen gab, die sich dem System entzogen oder ihm widerstanden. Ohne die moralische Kraft des deutschen Widerstandes wäre nach der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ein demokratischer Neuanfang in Deutschland nicht möglich gewesen. Die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR vom Herbst 1989 schuf die Grundlage für die freiheitliche Demokratie im vereinten Deutschland. Widerstand und Opposition gegen die Diktaturen sind wichtiger Teil des demokratischen und freiheitlichen Erbes aller Deutschen. Wir werden die Geschichtsschreibung und die Definitionsmacht nicht den Tätern überlassen.

Rainer Eppelmann:

Alles Unmenschliche ist sinnlos und vergebens

Seit einigen Tagen liegt die deutsche Übersetzung des „Schwarzbuches des Kommunismus“ immer griffbereit in meiner Nähe, damit ich jeweils dann, wenn ich Zeit dazu habe, ein Stück weiter in dieser Chronik des Schreckens blättern und lesen kann.

Ganz am Ende dieses dicken Buches wird aus einem Text von Wassilij Grossmann zitiert. Er war Kriegskorrespondent in Stalingrad und ein Schriftsteller, der erleben mußte, wie der KGB das Manuskript seines Hauptwerkes „Alles fließt . . .“ konfiszierte. In diesem erst nach Grossmanns Tod veröffentlichten Buch stehen jene Sätze, mit denen das „Schwarzbuch des Kommunismus“ schließt und die mich einfach nicht mehr loslassen wollen. Da heißt es in unerbittlicher Einfachheit:

Alles Unmenschliche ist sinnlos und vergebens. Ja, ja, in der Zeit der totalen Unmenschlichkeit wurde offenbar, daß alles mit Gewalt Geschaffene sinnlos und vergeblich ist, ohne Zukunft lebt, spurlos bleibt.

Wir haben uns in der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ oft gefragt und fragen lassen: Wo ist der Schlüssel zu finden, der uns den Zugang öffnet zu jener Vergangenheit, die im Herbst 1989 an ihr Ende kam? Wie können wir verstehen, was da mit 16 Millionen Menschen geschah, zu denen doch auch wir gehörten? Waren die mehr als 40 Jahre DDR wirklich verlorene Jahre? Wie bringen wir zusammen, daß es da soviel guten Willen gab und dann dieses große Scheitern? Was war der Grundfehler jenes Systems, an dem wir desto mehr gelitten haben, je länger es bestand, und von dem wir doch wußten, daß viele seiner überzeugten Vertreter von der Vision einer Zukunft vorangetrieben wurden, in der der Mensch endlich ganz zu sich selbst kommen sollte? Weshalb diese große Pleite bei so großem Einsatz? Wassilij Grossmann gibt die so schrecklich einfache, aber einfach richtige Antwort: Alles Unmenschliche ist sinnlos und vergebens. Alles mit Gewalt Geschaffene ist sinnlos und vergeblich,

lebt ohne Zukunft und bleibt spurlos. – Die Wahrheit dieser Sätze müssen wir begreifen und zum Maßstab all unseres Handelns machen.

Lassen Sie mich ein wenig darüber nachdenken, was diese Sätze des russischen Schriftstellers für uns heute sagen könnten.

Erstens: Am Ende unseres Jahrhunderts, das eine Epoche der totalitären Diktaturen gewesen ist, müssen wir begreifen: Unmenschlichkeit lohnt sich einfach nicht. Was mit den Mitteln des Terrors und der Gewalt durchgesetzt wird, hat keinen Bestand.

Die Regime, die sich auf Unmenschlichkeit und Gewalt stützten, konnten keine Zukunft haben. Sie waren von Anfang an zum Untergang verurteilt, selbst dann, wenn dies in grausiger Gegenwart manchmal noch anders auszusehen scheint.

Zweitens: Ich glaube, es gehört zu den großen Hoffnungszeichen unserer Zeit, daß Unmenschlichkeit und Gewalt mit den Mitteln der Gewaltlosigkeit überwunden wurden und überwunden werden können. Als wir im Herbst 1989 in der DDR aus den Kirchen hinaus auf die Straßen mit dem Ruf „Keine Gewalt!“ gingen, wußten wir nichts von Wassilij Grossmanns einfacher Wahrheit.

Manche von uns hatten vielleicht das Wort Jesu von der Bergpredigt im Kopf, nach dem die Sanftmütigen das Erdreich besitzen werden. Die meisten von uns wußten nur: Wo soviel Gewalt der Sicherheitskräfte, des Staatssicherheitsdienstes, der Kampftruppen und der Nationalen Volksarmee präsent ist, da hat, wenn überhaupt etwas, nur Gewaltlosigkeit eine Chance.

Drittens: Wenn Wassilij Grossmann recht hat – ich bin zutiefst davon überzeugt, daß alles Unmenschliche und mit Gewalt Geschaffene sinnlos und vergebens ist –, dann sollten sich von dieser Einsicht gerade auch diejenigen ansprechen lassen, die bis zuletzt darauf hofften: „O Gott, laß doch den Kommunismus siegen!“

So hat es Wolf Biermann in seinem großen Kölner Konzert im November 1976 gesungen, worauf die SED-Machthaber nur noch mit der Ausbürgerung des Liedersängers zu antworten wußten. Damals begann das Ende der SED-Diktatur. Wieder einmal war es ein November, in dem deutsche Weichenstellungen vorgenommen wurden.

„O Gott, laß doch den Kommunismus siegen!“ Das war doch die große Hoffnung auf einen Kommunismus ohne Unmenschlichkeit, Gewalt, Menschenverachtung, Gängelei, Staatssicherheitsdienst und Mauer. Die SED-Macht-haber konnten diese Hoffnung nicht ertragen und verjagten deshalb den Liedersänger aus ihrem Land. Deshalb entließen sie so viele aus der Staatsbürgerschaft des ersten sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden. Deshalb bespitzelten Hunderttausende ihre Mitmenschen, und deshalb mußten so viele in die Gefängnisse.

Erst ganz zum Schluß begriffen wenigstens einige der SED-Machthaber in unserem ummauerten Land mit seinen 16 Millionen eingesperrten Menschen: Alles Unmenschliche und mit Gewalt Geschaffene ist sinnlos und vergebens. Vielleicht gab es deshalb in der DDR keine „chinesische Lösung“. Der Alexanderplatz wurde nicht zum Platz des Himmlischen Friedens. Mit der Politik der runden Tische im ganzen Land begann die friedliche Revolution, die eine Einladung zur Mitwirkung an alle die einschloß, die bereit waren, menschlich und gewaltlos mitzuarbeiten. Diese Einladung besteht weiter; sie richtet sich besonders an diejenigen, die vom Sozialismus in den Farben der DDR alles erhofft hatten und für die im Herbst 1989 eine ganze Welt und ihre ganze Zukunft zusammenstürzte. Wo Menschlichkeit und Gewaltlosigkeit als Grundlagen unseres gemeinsamen Handelns anerkannt sind, da können wir sinnvoll, ereignisreich und bleibend zukunftsorientiert arbeiten, so mühevoll auch immer dieser Weg sein mag.

Der Prozeß der deutschen Einheit ist schwieriger, als viele von uns zunächst geglaubt haben. Erst einige Zeit, nachdem die Mauer gefallen war, begriffen wir, wie weit wir uns auseinandergelebt hatten.

Über Jahrzehnte waren unsere Lebensperspektiven so völlig unterschiedlich. Das gemeinsame Fernsehprogramm ersetzte nicht das tatsächliche Zusammenleben, so sachkundig wir uns in der DDR in allen Problemen des Westens auch fühlen mochten. Die Menschen in Westdeutschland kannten sich doch besser in Rom, Washington und Neu-Delhi aus als in Görlitz, Dresden, Halle oder gar Warschau, Prag und Moskau. Die nationale Freude beim Fall der Mauer glich der freudigen Begegnung von Verwandten, die sich lange nicht gesehen hatten. Erst danach lernte man sich näher kennen. Nun geht es uns im vereinigten Deutschland wie in einer richtigen Familie: Der gemeinsame Alltag ist anstrengend. Wo man sich nicht darum bemüht, dem anderen zuzuhören und auch die nicht ausgesprochenen

Sätze sorgfältig zu registrieren, da kommt es schnell zu Mißverständnissen. Das tut gerade dann weh, wenn man weiß, daß wir eigentlich zusammengehören.

Ich sage all das nicht aus großer Enttäuschung, sondern weil ich uns noch mehr Mut zum Realismus machen möchte. In einer Familie wird ja gerade deshalb manchmal so heftig gestritten, weil man weiß: Wir gehören zusammen, wir sind uns nicht gleichgültig. Daß dieses Wissen vorhanden ist, dessen bin ich mir völlig sicher. Verhalten wir uns im vereinten Deutschland nicht wie jede normale Familie? Wenn es ernst wird, wenn die Ortschaften an der Oder im Wasser versinken oder ein ICE in die Katastrophe rast, dann stehen wir zusammen. So ist es doch. Ich möchte Mut machen, wahrzunehmen, daß das so ist, auch wenn die gegenseitigen Enttäuschungen, Mißverständnisse und Überforderungen Anlaß zu Ärger und Sorge geben. Wir müssen auch darin die Tatsache anerkennen, wie weit die Normalisierung im vereinten Deutschland bereits vorangeschritten ist.

Das alles verdeckt nicht die tatsächlichen Schwierigkeiten, mit denen wir noch immer zu kämpfen haben. Die Pleite der SED-Diktatur – sie war in jeder Hinsicht eine ganzflächige: im juristischen, moralischen, ökonomischen, ökologischen, finanztechnischen und wirtschaftlichen Bereich – verursacht Folgekosten in Billionenhöhe, die wir alle gemeinsam tragen müssen. Die Umstellung der Lebensverhältnisse verlangt den Menschen in den neuen Ländern viel ab. Besonders ältere Menschen sehen sich da überfordert. Die Opfer der SED-Diktatur fragen, ob ihre Leistungen materiell und moralisch wirklich ausreichend anerkannt werden. Viele Menschen zweifeln, ob der demokratische Rechtsstaat wirklich in der Lage ist, das SED-Unrecht juristisch befriedigend aufzuarbeiten. Mit Trauer sehen viele, daß manches, was in der DDR mit viel Mühe aufgebaut und gegen die Machthaber durchgesetzt wurde, heute nicht fortgeführt werden kann.

Mit Erbitterung wird registriert, wenn Funktionsträger des überwundenen Systems sich wieder ein warmes Plätzchen sichern konnten, während andere, die sich damals nicht beugten, heute dem Konkurrenzdruck nicht standhalten können.

Die Folgen der SED-Diktatur lasten auf uns allen im vereinten Deutschland. Wir sind sehr unterschiedlich davon betroffen, aber zu tun haben wir alle damit. Ich glaube, es ist an der Zeit, uns das offen einzugestehen. Eine Last, über die offen geredet wird, läßt sich meist leichter tragen. Wichtig ist dann

aber auch, daß wir keine Taschenspielertricks dulden und daß kein Verwischen von Verantwortlichkeiten stattfindet.

Wir haben es bei allen Schwierigkeiten im vereinten Deutschland heute vornehmlich damit zu tun, die Folgen der SED-Diktatur aufzuarbeiten. So wie wir nach dem Ende des von der ersten deutschen Diktatur ausgelösten Krieges unser zerstörtes Land wieder aufbauen mußten, so müssen wir heute nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur als Folge der vielen Fehlentscheidungen der Regierenden der SED-Diktatur die neuen Länder gemeinsam wieder aufbauen.

Wir sollten in der aktuellen Diskussion zum einen die Antwort auf die Frage nach der Schuld und zum anderen die Notwendigkeit, uns durch Erinnern vorwärts zu bewegen, nicht vergessen.

Ein Volk, das sich seiner Geschichte nicht erinnert, begibt sich zumindest in die Gefahr, die einmal gemachten Fehler zu wiederholen. So dumm sollten wir nicht sein.

Die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ hat versucht, sich all den Problemen, den kritischen Fragen, der Empörung, der Trauer und der Resignation zu stellen. Das Aufzeigen von Problemen war uns wichtiger als das Herzeigen von Erfolgsbilanzen.

Ich wünsche mir manchmal, daß wir uns im Zusammenhang mit der Beurteilung dessen, was in den letzten acht Jahren tatsächlich geleistet worden ist, auch einmal vorstellen würden, wie es den Franzosen heute ergehen würde, wenn sie 1990 beschlossen hätten, aus eigener Kraft die Lebensverhältnisse und die Lebenschancen der Polen den französischen anzugleichen.

Vieles von dem, was wir in den gut drei Jahren unserer Arbeit gehört und gelernt haben, steht in unserem Bericht. Mehr noch werden Sie in den umfangreichen Materialien der Enquete-Kommission nachlesen können, die etwa in einem halben Jahr im Druck vorliegen werden. Wir haben nicht alles geschafft, was wir erreichen wollten. Wir haben uns auch gestritten. Die Sondervoten in unserem Bericht machen dies deutlich. Wichtig aber ist mir, daß wir zumindest in vier Bereichen, die für die Zukunft wichtig sind, weitgehende Übereinstimmung erreichen konnten:

Erstens: Auf Vorschlag und nach intensiver Vorarbeit der Enquete-Kommission hat der Deutsche Bundestag die Gründung einer Bundesstiftung zur

Aufarbeitung der SED-Diktatur beschlossen. Wir wissen, daß die akademische Forschung inzwischen voll im Gange ist. Trotzdem waren wir der Meinung, daß in all den unabhängigen Gruppen und Opferverbänden eine Basis geschaffen werden muß, auf der sie ihre wichtige Arbeit fortsetzen und für die Zukunft sichern können. Wenn jenes Gespräch weitergeführt werden soll, das zum Gelingen der deutschen Einheit notwendig dazugehört, dann darf die Stimme der unabhängigen Gruppen und Opferverbände nicht verstummen. Dann muß möglichst großzügig und sensibel dafür gesorgt werden, daß ihr Erbe einen angemessenen Platz findet.

Zweitens: Mit großer Sorgfalt hat sich die Kommission mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir im vereinten Deutschland mit den Gedenkstätten umzugehen haben. Die Gedenkstätten halten die Erinnerung an Unmenschlichkeit und Gewalt in unserer Erinnerung fest. Sie ehren das Andenken der Opfer. Sie bezeugen, daß es im Gegenüber zu Unmenschlichkeit und Gewalt immer auch Opposition und Widerstand gegeben hat. Mit besonderer Sorgfalt haben wir uns an den Orten zu bewegen, die mit der Erinnerung an die Opfer beider deutscher Diktaturen verbunden sind.

Wir dürfen den unterschiedlichen Charakter der Diktaturen nicht verwischen. Wir dürfen die Situation der Opfer und die Motive von Widerstand und Opposition nicht egalisieren. Wir müssen aber an solchen Orten einer „doppelten Vergangenheit“ in der Erinnerung wachhalten, daß diese Orte, die ja zugleich auch die Friedhöfe vieler Opfer sind, Brennpunkte von Unmenschlichkeit und Gewalt waren. Diese Orte wären ohne Sinn und Zukunft, wenn wir sie nicht zu Lernorten werden lassen.

Drittens: Die Enquete-Kommission hat den Blick immer wieder auch auf das östliche Europa gerichtet. Was wären Opposition und Widerstand in der DDR ohne die vielfältigen Verbindungen nach Polen, in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und gelegentlich auch in die Sowjetunion gewesen? Wir haben uns von unseren Freunden über ihre heutigen Probleme berichten lassen. Wir haben sie gefragt, wie sie mit der Aufarbeitung einer Vergangenheit umgehen, die auch bei ihnen noch qualmt. Wir wissen: Sie haben es sehr viel schwerer als wir, aber noch immer können wir von ihnen lernen.

Ich glaube aber auch, wir haben ihnen gegenüber eine Verpflichtung. Sie haben uns nicht nur beigestanden, als wir die ersten Schritte auf dem Weg von Opposition und Widerstand machten, sondern sie haben auch ein deutli-

ches Ja gesagt, als ihnen die Frage vorgelegt wurde, ob es wieder ein vereinigtes Deutschland in Europa geben solle. Diese unsere Freunde im östlichen Europa hätten alle gute Gründe gehabt, sich angesichts der historischen Erfahrungen zu verweigern. Sie haben uns und der demokratischen Bundesrepublik vertraut.

Dieses Vertrauen verpflichtet uns auf Dauer. Dabei geht es nicht nur um materielle Hilfe. Zu unserer europäischen Zukunft gehören die Freunde im Westen wie im Osten, im Süden wie im Norden. Sie schauen auf uns mit Sympathie, aber wohl auch mit Aufmerksamkeit. Sie haben vor dem Hintergrund ihrer historischen und gegenwärtigen Erfahrungen Grund zu beidem.

Viertens und letztens: Schließlich möchte ich auf die übergreifenden Stellungnahmen zum Sondervotum der PDS zum Bericht der Enquete-Kommission hinweisen, wo es heißt – ich zitiere –:

Beschämend wie unkritisch ist die für die heutige Geisteshaltung der PDS bezeichnende Fragestellung, ob denn „jede in der DDR straffällig gewordene Person heute als ‚Opfer‘ beurteilt und geehrt werden“ muß. Besonders bedrückend ist dabei die Tendenz, die politischen Opfer zu bagatellisieren und zu relativieren, um auf diese Weise die Unrechtsdimensionen des SED-Systems zu verharmlosen.

Ich erkläre dazu: Eine Partei, die sich so zu den Opfern der SED-Diktatur äußert, hat den Boden des antitotalitären Konsenses der demokratischen Parteien noch nicht erreicht und kommt deshalb bis auf weiteres für parlamentarische Bündnisse und Absprachen auf Regierungsebene nicht in Betracht.

Darum ist meiner Meinung nach eine Erinnerung an den historischen Händedruck nicht platter Wahlkampf, sondern hat tatsächlich etwas mit Erinnerung an unsere Geschichte zu tun.

Es sollte daran erinnert werden, daß dieser Händedruck damals ein Zwangshändedruck war, heute aber freiwillig etwas in dieser Art vollzogen worden ist. Darin liegt der entscheidende Unterschied.

Zum Schluß möchte ich allen Mitgliedern der Enquete-Kommission, insbesondere auch ihren Sachverständigen, für die geleistete Arbeit danken. Ich danke dem Bundespräsidenten und der Präsidentin des Deutschen Bundestages, die die Enquete-Kommission in bemerkenswerter Weise unterstützt

haben. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sekretariat der Kommission und in den Fraktionen, ohne die die pünktliche Fertigstellung des heute vorgelegten Berichtes sicher sehr schwierig geworden wäre.

Ich bitte Sie alle herzlich: Tragen Sie dazu bei, daß die umfassende Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur auch weiterhin als die Grundaufgabe im Prozeß der deutschen Einheit begriffen wird. Diese Aufgabe können wir nur gemeinsam lösen.

Wenn wir uns dieser Aufgabe stellen, dann nützen wir uns allen im vereinten Deutschland am meisten.